

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Elbgaupresse Dresden Nr. 51307
Druck: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danz-Rote: Stadtbau Dresden, Straße Dresden Nr. 606
Postfach-Rote: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Draht, für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Anzeigen werden die 8spaltige Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Anzeigen die 4 spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen mit Plakatdrucken und schwierigen Schriften werden mit 50 % Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen in bar zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anrechnung gebracht. Rabatanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Rüge od. Kontur b. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
89. Jahrgang

Nr. 61

Montag, den 14. März

1927

Die Zensur für Genf: Wenig genügend

Stresemann ist einer Kompromißlösung beigetreten, weil Deutschland bei einer Abstimmung im Rate überstimmt worden wäre — Die Reichsregierung stimmt einer Erhöhung der Invalidenrenten zu — Befriedigendes Ergebnis der Leipziger Messe

Eine Enttäuschung für Deutschland

Dr. Stresemann ist mit mageren Ergebnissen nach Berlin zurückgekehrt

Eine geschickte Verteidigungsrede Stresemanns

In der Sonnabend-Nachmittags-Sitzung gab Briand eine längere Erklärung ab, um seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber den deutschen Anregungen zu begründen. Auf diese Rede, deren Grundtendenz durchaus deutschlandfeindlich war, erwiderte

Dr. Stresemann.

Im Saargebiet sollten Gendarmen nicht ausreichen, aber Deutschland mußte man zu, die ganze entmilitarisierten Zonen, die, wie das Ruhrgebiet, eine riesige Arbeiterbevölkerung aufweisen, trotz Streiks und Kommunistengefahr lediglich mit Gendarmen in Ordnung zu halten.

Im entmilitarisierten Gebiet des Rheinlandes habe man Deutschland keinerlei anderes Instrument zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Autorität gelassen, als eben solche Gendarmen. Dabei handele es sich um dichtbevölkerte und mit Fabriken, Verkehrseinrichtungen usw. überludene Gebiete. Ich bitte den von mir so sehr verehrten Herrn Briand,

von dieser Autorität, mit der wir im besetzten Gebiet auskommen müssen und auskommen, doch auch etwas der Gendarmerie an der Saar zugesehen zu wollen.

Gerade von Ihnen, Herr Briand, hat vorhin das Volk an der Saar das Zeugnis angestellt bekommen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen den Truppen und der Bevölkerung besteht. Nun, das väterliche Verhältnis zwischen Gendarmen und Bevölkerung ist vielleicht nichts anderes als

ein Zeichen des guten Sinnes dieser ganzen Bevölkerung,

und deshalb ist auch vor allem die Zustimmung dieser Bevölkerung zu dem Ergebnis unserer hiesigen Beratungen erwünscht.

Briand wüßte, eine juristische Diskussion zu vermeiden. Wenn Deutschland darauf verzichte, seine juristische Auffassung zu vertreten, so bitte er das als ein starkes Opfer

anzuerkennen. Das sei ein Beweis dafür, daß Deutschland lebhaft wünsche, zum Einvernehmen beizutragen. Für die Beschaffung einer neutralen Gendarmerie gebe es nahe gelegene neutrale Mächte.

Die Festsetzung eines genauen Räumungstermins sei ein berechtigter Wunsch.

Stresemann appellierte an den Rat und zugleich an die Mitwirkung des Präsidenten

der Saar-Regierungskommission zu dem Zweck, die Saarfrage und die verschiedenen in Zusammenhang mit ihr immer wieder aufgerollten Fragen endlich von der Tagesordnung des Rates verschwinden zu lassen.

„Die stärkste Autorität einer Regierung“,

so schloß Dr. Stresemann,

„ist das Vertrauen der Bevölkerung.“

Das Lob der Saarbevölkerung

Nach Stresemann nahm einmal der Saarpräsident Stephens zu den deutschen Forderungen Stellung. Er betonte nachdrücklich das ausgezeichnete Verhalten der Saarbevölkerung in den letzten sieben Jahren. Insbesondere seien die lokalen, von der Saarbevölkerung gebildeten Gendarmen ausgezeichnet. Jedes zivilisierte Land würde glücklich sein, eine derartige Gendarmerie zu besitzen. Die Zahl 800 sei das Resultat eines Kompromisses innerhalb der Saarregierung.

Die Einigung über das Saargebiet

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend abend den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets gemeinsam mit folgenden, auf Vorschlag Dr. Stresemanns von Scialoja formulierten Zusätzen einstimmig angenommen:

Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation der Transports- und Transitfreiheit auf den Bahnen des Saargebiets wird innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten verwirklicht, und infolgedessen wird die im Saar-

gebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen.

Der Bahnschutztruppe werden unter den Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur unter außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angegeben ist, stellt die Maximalzahl dar.

Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

Amtsverlängerung um ein Jahr

Nach Abschluß der öffentlichen Sitzung trat der Völkerbundsrat noch zu einer Geheimberatung zusammen, in der die Mandate der Mitglieder der Saar-Regierungskommission mit Ausnahme des Präsidenten Stephens auf ein weiteres Jahr erneuert wurden. Gleichzeitig wurde der derzeitige Präsident Stephens um vorläufige Weiterführung der Präsidentschaft der Regierungskommission gebeten. Stephens hat dieser Bitte vorläufig zugestimmt. Reichsminister Dr. Stresemann sprach bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß eine

neutrale Mehrheit

der Regierungskommission geschaffen werden möge. Dieser Wunsch wurde von dem belgischen Minister des Innern, Vanderveelde, ausdrücklich gebilligt. Schließlich wurde beschlossen, daß künftig kein Mitglied der Saar-Regierungskommission länger als fünf Jahre amtiert soll.

Ueber die Kolonien wurde nicht gesprochen

Chamberlain ermächtigte den Genfer Berichterstatter der „Daily News“ zur endgültigen Feststellung, daß die Frage der Zurückerstattung gewisser vormaliger deutscher Kolonien zwischen ihm und Dr. Stresemann in Genf nicht erörtert worden sei.



Saarbrücken, die Hauptstadt des deutschen Saargebietes.

Die Lehre von Genf

In einem kühlen fröstelnden Regen ist die Genfer Tagung zu Ende gegangen. Das Stück ist zu Ende; es gibt nichts mehr zu rätseln.

Kann man Dr. Stresemann einen Vorwurf machen? Er hat, das läßt sich nicht leugnen, das möglichst Günstige und Erreichbare für uns aus Genf herausgeholt. Wenn das Günstige und Erreichte recht bürftig ist, ist's seine Schuld? Wir sind Mitglied des Völkerbundes geworden. Damit ist der Politik des Reiches ihre Bahn gewiesen, die nun zweckmäßig ihren Lauf nehmen muß. Hätte es Dr. Stresemann auf eine Abstimmung des Rates ankommen lassen, der Endeffekt wäre höchstens derselbe oder ungünstiger, denn im Rate wären wir sicher überstimmt worden.

Vielleicht macht man Stresemann auch zum Vorwurf, daß er etwas allzu verantwortungsfreudig und eigenmächtig seine Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Auch dieser Vorwurf ist nicht stichhaltig. Was Dr. Stresemann in Genf besiegelte, fügt sich in den Rahmen ein, der durch den Gedanken von Locarno umschrieben ist.

Zum tatsächlichen Ergebnis der Genfer Tagung: Die beiden einzigen für uns wichtigen Punkte der Tagesordnung sind nach Willen und Erkenntnis des Rates in einem Sinne geregelt worden,

der dem deutschen Rechtsstandpunkt nicht entsprochen

Besser gesagt, dem geltenden Rechtsstandpunkt. Denn was wir in Genf forderten, war die Einlösung eines rechtsgültigen Versprechens, vertraglich festgelegt und besiegelt durch den Versailler Vertrag und verbrieft durch andere Abmachungen, die in einem engen Zusammenhange mit ihm stehen.

In der

oberschlesischen Schulfrage

hätten wir das Recht zu verlangen, daß es den deutschen Eltern gestattet sein müsse, ihre Kinder in die Schulen zu schicken, die sie für geeignet halten. Entweder in die deutsche, oder in die polnische, je nach Wunsch. Ueber diese Frage hätte sich eigentlich eine Diskussion erübrigen müssen. Immerhin ist es begrüßenswert, daß in dieser Frage Stresemann sich so rasch entschloß, seine Einwilligung zu dem Kompromiß zu geben. Auf diese Weise können doch wenigstens von den 6000 Kindern Polnisch-Oberschlesiens, die hier in Frage kommen, vielleicht 3000 eingeschult werden. Andernfalls hätte vielleicht noch manches Jahr verstreichen können, bis sich die Herren in Genf zu einer besseren Lösung durchgerungen hätten.

Biel erster und kritischer gestaltet sich das Genfer Ergebnis der

Saarfrage

Nach den Abmachungen im Versailler Friedensvertrag hätte nun die französische Besatzung im Saargebiet zu verschwinden. Sie verschwindet auch, offiziell wenigstens auf dem Papier.